Das Arbeitshaus in dem Entwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuche von 1919.

Von Direktor v. Falken, Schweidnitz.

Der kürzlich veröffentlichte Entwurf zu einem neuen Deutschen Strafgesetzbuche weist in bezug auf das Arbeitshaus, sowohl gegenüber dem Vorentwurfe von 1909 als auch gegenüber dem heutigen Reichsstrafgesetzbuche erhebliche Änderungen auf. Es erscheint daher angebracht, Entstehung und Entwicklung der Arbeitshäuser sowie ihre Stellung im Entwurfe näher zu besprechen.

Bis zum Beginn des Weltkrieges 1914 gab es in Deutschland 49 Arbeitshäuser, in denen die Landespolizeibehörde die ihr auf Grund der §§ 361, 362 und 181a RStGB. überwiesenen Personen unterbringen konnte. Die Benennung dieser Anstalten war eine sehr verschiedene. So gab es ein Werkhaus Moringen, ein Landarbeitshaus Güstrow, eine Rheinische Provinzial-Arbeits-Anstalt Brauweiler, ein Arbeits- und Landarmenhaus Schweidnitz, Arbeitshäuser und Korrekptionsanstalten. Manche dieser Benennungen erschienen irreführend. Nach dem Wortlaut des Gesetzes sind zu unterscheiden:

1. Mit Arbeitshaus bezeichnet § 362 RStGB. diejenige Anstalt, in welcher die Landespolizeibehörde die ihr durch richterliches Urteil überwiesenen Personen unterzubringen befugt ist.

2. In einer öffentlichen Arbeitsanstalt kann auf Grund des Preuß. Gesetzes vom 23. Juli 1912, Ges. S. 195, über die Änderung und Ergänzung der Ausführungsgeetze zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz (vom 8. März 1871) eine Person, welche selbst oder in Person seiner Ehefrau oder seiner noch nicht 16 Jahre alten Kinder aus öffentlichen Armenmitteln unterstützt wird, gegen seinen Willen durch Beschluß des Kreis-(Stadt-)Aussschusses untergebracht werden.

3. Die Armenarbeitshäuser der Städte und Gemeinden nehmen diejenigen ganz oder teilweise arbeitsfähigen Hilfsbe-

drüftigen auf, denen die Armenverbände auf Grund des § 1 Abj. 2 des Preuß. Ausführungsgesetzes vom 24. Juni 1871 zum Unterstützungswohnsitzgesetz statt einer Geldunterstützung gegen angemessene Arbeit Wohnung, Kost und Bekleidung gewähren.

Es gibt noch heute große Anstalten, in welchen das Arbeitshaus mit seinen Korrigenden — auch Arbeitshäuslinge genannt —, die Arbeitsanstalt mit ihren Zwangsarbeitern und das Landarmenhaus mit seinen Pfleglingen, Land- bzw. Ortsarmen vertreten sind. Jede Art ist räumlich voneinander getrennt, verschiedenartig gekleidet und hat seine eigene Hausordnung. Die Korrigenden sind auf bestimmte Zeitdauer im Arbeitshause eingesperrt. Die Zwangsarbeiter oder säumigen Nährpflichtigen müssen so lange unter Zwang für Rechnung der betreffenden Armenverbände arbeiten, wie die Unterstützungsbedürftigkeit dauert bzw. bis zu einem Jahre. Der Aufenthalt im Landarmenhause ist für Orts- und Landarme ein freiwilliger. Vielsach sind diese Pfleglinge frühere Korrigenden, die infolge körperlicher oder geistiger Fehler und Gebrechen in der Freiheit ihren Lebensunterhalt nicht mehr zu erwerben vermögen. Diese drei Arten von Häuslingen ließen sich bisher auch in ein und derselben Anstalt unter gemeinsamer Leitung und Verwaltung unterbringen, da alle drei dem ausgesprochenen Zweck einer geordneten Armenpflege dienten.

Für das Strafgesetzbuch und den Entwurf von 1919 kommt nur das unter 1 genannte Arbeitshaus in Betracht. Dieses soll außer den bisherigen Insassen, meist Bettlern, Landstreichern, Dirnen und Zuhältern, nach § 363 E. noch Diebe, nach § 376 E. noch Betrüger und nach § 385 E. noch Fehler aufnehmen. Durch den Zuwachs dieser aktiven Verbrecher wird aber der ganze Querschnitt des Arbeitshauses in bezug auf Behandlung, Verwahrung und Beschäftigung der Insassen eine wesentliche Änderung erfahren. Es ist nämlich ein großer Unterschied in der Persönlichkeit, ob eine Person ziellos durchs Land streicht und bittelt, oder ob ein tatkräftiger Mensch sich durch Aneignung fremden Eigentums Vermögensvorteile zu verschaffen sucht. Auf Arbeitscheu oder Liederlichkeit werden wohl die meisten Diebstähle und Betrügereien zurückgeführt werden können. Diese Vermögensdelinquenten rechnet der Strafanstaltsbeamte zu den „aktiven“ Verbrechern. Auch die heutigen Korrigenden waren einst aktive Verbrecher, denn aus den Personalakten derselben ist bekannt,

daß fast alle männlichen und weiblichen Insassen der Arbeitshäuser infolge Diebstahls, Unterschlagung oder Betrugs aus geordneten Lebensverhältnissen herausgekommen sind und nach verbüßter Freiheitsstrafe nicht mehr die Kraft anstrengender und aushaltender Lebensarbeit fanden. Die Frauen schritten zur gewerbmäßigen Unzucht, die Männer trieb der Trunk auf die Landstraße. Ein Bettler, der sich nicht scheut, die Mildtätigkeit ganz fremder Menschen zum Fristen seines Daseins anzurufen, hat eben schon den Mut und die Kraft zum eigenen Erwerb seines Unterhaltes — sei es durch gesetzmäßige Arbeit oder durch Verbrechen — verloren. Bei der Dirne liegen die Verhältnisse ähnlich. Als meist körperlich oder geistig gebrochene Menschen finden wir dann sowohl die Bettler und Landstreicher wie auch die Dirnen im Arbeitshause. Ganz anders steht es mit dem Zuhälter, den § 181a RStGB. dem Arbeitshause vor zwei Jahrzehnten zuwies. Er gehört zu den gefährlichsten aktiven Verbrechern, doch vermochte die verhältnismäßig geringe Zahl der Zuhälter bisher den Gesamtcharakter der Arbeitshauseinslinge nicht zu ändern. Das Arbeitshaus blieb immer noch der Ort, in welchem die von der Landstraße und aus den Winkeln der Großstädte hereingeholten unsozialen Elemente bei angemessener Arbeit geistig und körperlich gesunden konnten. Ohne zu große Kosten für den Staat bzw. die Provinz fanden sie nutzbringende Verwendung und entlasteten die Armenpflege ganz wesentlich. Die Einrichtungen der Arbeitshäuser sind mit Rücksicht auf die überwiegend leicht lenkbaren Bettler, Landstreicher und Dirnen, deren Tatkraft und Wille schon durch Alkohol und Syphilis geschwächt ist, in bezug auf Sicherheitsmaßregeln vielfach allereinfachster Art. Alle Vorrichtungen dienen der Reinlichkeit, der Genesung, dem Gebet und der Arbeit, welche letztere nach Möglichkeit der Freiheit angepaßt ist. Als Aufenthaltsort für aktive Verbrecher ist das Arbeitshaus eben nicht eingerichtet, sondern wurde errichtet als polizeiliche Maßregel zur Durchführung geordneter Armenpflege¹⁾.

Dieser innere Zusammenhang von Arbeitshaus und Armenpflege ergibt sich am besten aus der geschichtlichen Entwicklung der Arbeitshäuser in Schlesien. Das Preussische Edict vom

¹⁾ Siehe den Aufsatz „Das Arbeitshaus und seine Zukunft“ in Bd. 41 der Zeitschr. f. d. ges. Strafrechtsw., S. 724—754.

25. Martii 1747, gez. Friederich, gegengezeichnet Münchow, unter-
scheidet ganz genau Armen-, Arbeits- und Zuchthaus und die
Verordnung über Verpflegung der Armen und des gänzlich ab-
zustellenden Bettelns in Schlesien, de dato Breslau den
28. Aug. 1776, gez. Friederich, gegengezeichnet v. Hohn, sowie
das Reglement für das Armen- und Arbeitshaus zu Kreuzburg
vom 4. Febr. 1777 besagen genau, „welchergestalt es mit der Auf-
nahme der wahren Armen in dasselbe und mit der Aufgreifung
und Reception der muthwilligen Bettler gehalten werden soll“. Durch
das nicht mehr in Kraft befindliche Preuß. Reglement
für die Korrektionshäuser in Schlesien vom 31. Aug. 1800
wird die Zeit der Einsperrung im Arbeitshause noch heute
„korrektionale Nachhaft“ und die Insassen „Korrigenden“ ge-
nannt. Im § 6 dieses Reglements wurde übrigens der Kriegs-
und Domänenkammer in Breslau gestattet, „außer Bettlern und
Bagabonds, wenn es der Raum gestattet, auf gebührenden An-
trag und gegen Bezahlung eines Zuschusses, auch ungehorsame
Kinder und Pflegebefohlene auf Instanz der Pfleger und Vor-
münder auf kurze Zeit zur Korrektion aufzunehmen“. Den
Zweck der Arbeitshäuser bezeichnet das Publikandum der Kgl.
Preuß. Breslauer Kriegs- und Domänenkammer vom 6. Febr.
1803 in § 14 wie folgt: „Werden alle diese Vorschriften (in bezug
auf Verpflegung Kranker und Unterstützung alter, wirklich Be-
dürftiger) gehörig befolgt, tragen alle Obrigkeiten zugleich für
die Beschäftigung aller der Armen Sorge, denen bei gutem Willen
nur Gelegenheit zum Verdienste fehlt, so wird sich dann nur noch
der im Müßiggang und liederlichen Herumtreiben versunkene
Abschaum des Volkes, dem an der Unterstützung nicht genügt,
und die ihm eröffnete Gelegenheit zum Gewinn seines Unter-
haltes nicht ansteht, zu strengeren Maßregeln, ihn auf den guten
Weg zurückzuführen, qualifizieren, und für diesen ist das Kor-
rektionshaus eigentlich gegründet“. Dem Preuß. Gesetz vom
31. Dez. 1842 „über die Verpflichtung der Armenpflege“ folgt
dann sogleich das Gesetz über die Bestrafung der Landstreicher,
Bettler und Arbeitscheuen vom 6. Jan. 1843. Durch dieses
Gesetz wurden neben den genannten Personen Obdachlose, sowie
Spieler, Müßiggänger und Trunkenbolde, die ihre Unterhal-
tungspflicht vernachlässigen, unter Strafe gestellt und im Wieder-
holungsfalle mit der Unterbringung im Arbeitshause bedroht.
Diese Bestimmungen des Gesetzes vom 6. Jan. 1843 gingen

später mit unwesentlichen Änderungen in das Pr. StGB. vom 14. April 1851 über und fanden in den §§ 117, 118, 119 und 146 Aufnahme. Von hier gelangten diese Strafbestimmungen in das heutige RStGB., welches am 1. Jan. 1871 in Kraft trat. Im § 362 RStGB. erhielt die Landespolizeibehörde — in Preußen die Regierungs-Präsidenten — die Befugnis zur Unterbringung der ihr durch richterliches Urteil überwiesenen Personen bis zu 2 Jahren in einem Arbeitshause. Die Überweisung kann erfolgen bei Verurteilung gegen eine Gruppe von Delikten, deren soziales Wesensmerkmal Arbeitsscheu ist: Landstreicherei, Bettelerei und Anhalten zum Betteln, Unterhaltungsgefährdung durch Spiel, Trunk oder Müßiggang, gewerbsmäßige Unzucht, Verweigerung zugewiesener Arbeit im Falle öffentlicher Armenunterstützung und schuldhaftes Obdachlosigkeit. Später trat im § 181a Zuhälterei hinzu. Die Unterbringung im Arbeitshause bedeutet eine zwangsweise Freiheitsentziehung — siehe das Wort „Einsperrung“ — im Pr. StGB. vom 14. April 1851 — rechtlich derselben Art, wie die durch Unterbringung im Gefängnis.

Dem Gedankengang der Entwicklung folgend, aber verschiedentlich abweichend von dem Vorentwurfe des Jahres 1909, hält der Entwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuche von 1919 im wesentlichen an der Unterbringung von Trunkenbolden § 274 E., von Verletzern der Unterhaltungspflicht § 275 E., von Nicht-hindern von Straftaten § 276 E., von Landstreichern § 277 E., von Arbeitsverweigerern § 278 E., von Bettlern § 279 E., von Dirnen §§ 280 u. 81 E., und Zuhältern §§ 335 u. 36 E. im Arbeitshause fest, fügt dann aber noch Diebe §§ 359—63 E., Betrüger § 376 E., und Hehler §§ 383—85 E. hinzu.

Hierzu ist in den §§ 95—99 die Festsetzung der Strafzeit durch den Richter, die Unterbringung im Arbeitshause aber durch die Landespolizeibehörde verfügt. Vorzeitige Entlassung ist der Landespolizeibehörde eingeräumt, dagegen die Verlängerung bis zu 3 Jahren dem Richter vorbehalten. Auch ist außer der selbstverständlichen Trennung der männlichen von den weiblichen Inassen die Trennung der drei Gruppen

- a) der Diebe, Betrüger u. Hehler,
- b) der Zuhälter, und
- c) des Restes der Inassen

angeordnet, als Regel aber die Gemeinschaftshaft der einzelnen Gruppen unter sich aufgestellt worden.

Der Entwurf gibt dem Arbeitshause sicherlich eine ganz besondere Stellung, indem er es nicht im § 43 E. unter die Freiheitsstrafen, auch nicht im 11. Abschnitt unter Nebenstrafen und Nebenfolgen rechnet, sondern es im 12. Abschnitt als „Maßregelung der Besserung und Sicherung“ bezeichnet. Auch kann vom Gerichte nach § 95 E. nur auf Unterbringung in einem Arbeitshause erkannt werden, wenn die Straftat auf die bestimmte Ursache „Niederlichkeit oder Arbeitscheu“ zurückzuführen ist und soll sich die Maßregel nur gegen „arbeitsfähige“ Personen erstrecken. Die Bestimmung des § 98 in Verbindung mit §§ 69—73 E. über vorzeitige Entlassung bei guter Führung, sowie die nach § 99 E. mögliche Verlängerung der Strafe bei schlechter Führung entsprechen den Bedürfnissen des Arbeitshauses. Aber nur aus dieser Sonderstellung des Arbeitshauses heraus erklärt es sich, daß die Landespolizeibehörde als ausführendes Organ zwischen Richter und Arbeitshaus geschoben wurde und die vorzeitige Entlassung und die Verlängerung der Strafe nicht in einer Hand geblieben sind.

Im Vorentwurfe von 1909 waren dem Arbeitshause noch zugebachet gemäß

- § 250 B.E. Päderasten,
- §§ 251/52 B.E. Kuppler,
- § 253 B.E. Frauenhändler,
- § 275 B.E. Erpresser,
- § 299 B.E. gewerbmäßige Glücksspieler.

Im Entwurfe von 1919 hat man die Ueberweisung dieser Verbrecher in das Arbeitshaus fallen gelassen, da man sich wohl der Einsicht nicht verschließen konnte, daß diese Verbrecher nicht in das Arbeitshaus, sondern in das Zuchthaus und Gefängnis gehören, weil diese Strafanstalten dementsprechende Einrichtung zur Festhaltung gewalttätiger Personen besitzen. Weßhalb sind aber die Zuhälter und Eigentumsverbrecher nicht ebenso behandelt worden? Ist denn der Zuhälter eine andere Art Verbrecher, der Persönlichkeit nach, wie z. B. der Kuppler, und der Erpresser, ein anderer wie der Dieb, Hehler und Betrüger? Wer im Strafvollzuge mit diesen Rechtsbrechern zu tun hat, wird sich der Ansicht anschließen, daß die in den §§ 254, 269 und 281 B.E. betroffene Art von Menschen ebenso wenig in das Arbeitshaus zu Bettlern und Dirnen gehört, wie die durch §§ 250—253, 275 und 299 B.E. Betroffenen.

Völlig unverständlich bleibt aber dem Strafvollzugsbeamten die Forderung der § 97 E. Abs. 3, welche die räumliche Trennung der wegen Diebstahls, Hehlerei oder Betrugs Verurteilten von den übrigen Insassen fordert. Die gleiche Trennung soll auch bei den wegen Zuhälterei Verurteilten durchgeführt werden. Zurzeit ist das in §§ 73 und 105 E. in Aussicht gestellte Strafvollzugsgesetz noch nicht bekannt. Es sei aber schon jetzt auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, welche den Arbeitshäusern durch die Forderung der Trennung in drei Gruppen bei Gemeinschaftshaft entstehen werden. Da Isolierung nach § 97 E. nur in Einzelfällen zulässig ist, würden in der Männer- wie in der Frauenabteilung die drei vorbezeichneten Gruppen eine jede für sich in Gemeinschaftshaft zu halten sein. Bisher verschwanden die Zuhälter — meist im Alter von 20 bis 30 Jahren stehende, zu Gewalttätigkeiten leicht geneigte Leute kräftigen Körperbaues — in der Menge der Häftlinge, da ihre Zahl — wenigstens in vielen Arbeitshäusern — eine verhältnismäßig geringe war. Die den Zuhältern angewiesenen Arbeiten waren meist so gewählt, daß die Leute stets unter besonderer Aufsicht gehalten und ihre Kräfte ausgenutzt werden konnten, ohne daß ihnen Gelegenheit zum Anrichten von Schaden oder zu Fluchtversuchen gegeben wurde. Die Klugheit gebot dem Zuhälter Unterordnung unter alle Bestimmungen der Hausordnung, da er andernfalls sofortige Isolierung zu erwarten hatte. So sind diese gefährlichen Verbrecher besonders durch Trennung von einander bisher unschädlich gemacht worden. Wie denkt sich aber der Gesetzgeber eine Abteilung von 10, 20 oder 30 der zukünftigen Häftlingsklasse a und b in Gemeinschaftshaft, voneinander und von den übrigen Häftlingen getrennt? In den Werkstätten der Schlosserei, Tischlerei, Schuhmacherei, Weberei, Schneiderei und Buchbinderei könnten weder Zuhälter noch Eigentumsverbrecher der vorgeschriebenen Trennung halber verwendet werden; ebenso nicht in der Küche oder als Lehrer. Sie müßten einen eigenen Betrieb für sich bilden, der keine handwerksmäßige Vorbildung erfordert, etwa Bürsteneinziehen, Knöpfestanzgen, Dütenkleben, Bohnenlesen oder Federnreißen. Diese Beschäftigungsart würde aber wieder gegen § 97 E. Abs. 2 verstoßen, denn diese Arbeiten würden meistens den Fähigkeiten der Zuhälter und Diebe nicht entsprechen und wären nicht geeignet, ihr Fortkommen zu fördern; jedenfalls würde dadurch eine Hebung der

Arbeitskraft, sowie der geistigen und sittlichen Fähigkeiten nicht angestrebt. Als einzige Verwendung blieben land- und forstwirtschaftliche Arbeiten, sowie Ziegeleiarbeiten. Diese würden aber voraussichtlich eine große Anzahl von Entweichungen zur Folge haben oder einen so großen Aufsichtsapparat erfordern, daß dessen Kosten bei weitem nicht durch den Arbeitslohn oder den ideellen Arbeitswert gedeckt werden könnten. Außerdem würde sich wohl schwerlich ein Arbeitgeber finden, der eine ausgesuchte Zuhälter- oder Diebesabteilung auf sein Gut kommen ließe, und nur selten ein preußischer Landrat seine Erlaubnis zur Einführung solch gefährlicher Arbeitskräfte in seinen Kreis geben. Wenn die Arbeitshausstrafe an die in dem Entwurfe von 1919 ausgesprochenen Bedingungen gebunden bleibt, werden sich die meisten Beamten der Arbeitshäuser wohl gerne dem Gutachten der Internationalen kriminalistischen Vereinigung vom 31. 5. 1912 in München anschließen, demgemäß die heutigen Arbeitshäuser in ihrer derzeitigen Organisation nicht in der Lage sind, bessernd zu wirken. Sollte daher die im § 97 E. Abs. 3 geforderte Trennung der 3 Klassen von Arbeitshauseingewohnten ein Ausweg dafür sein, das Zusammensein der Zuhälter und Diebe mit den normalen Injassen zu hindern, so war dieser Weg verfehlt, weil er in der Praxis undurchführbar ist.

In einer Anmerkung zu Abschnitt 9 sagt der Entwurf auf Seite 15, daß es noch einer besonderen Prüfung bedürfe, ob die Finanzlage des Reiches und der Länder eine Verwirklichung des Entwurfes, auch in bezug auf die Maßregeln der Besserung und Sicherung zulasse. Diese Anmerkung regt die besondere Frage an, ob die Landarmenverbände auch weiterhin die Kosten der Arbeitshäuser zu tragen haben werden. Aus der vorher geschilderten geschichtlichen Entwicklung läßt sich erkennen, daß die Errichtung der Arbeitshäuser nach den schweren Kriegzeiten wenigstens für Schlesien eine Notwendigkeit zur Durchführung geordneter Armenpflege war, und die Art, in welcher sich die Arbeitshäuser in Preußen entwickelten, ließ es berechtigt erscheinen, daß die kgl. Korrektionshäuser in Schlesien mit Verordnung vom 15. 9. 1864 in den Besitz und die Verwaltung der Landarmenverbände übergingen. Müssen doch die Arbeitshäuser noch heute auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 26. 6. 1889 Personen aufnehmen, die nur noch zu leichter Haus- oder leichter Feld- und Gartenarbeit fähig sind. Die leichtesten und einfachsten

Arbeiten, welche auf dem freien Arbeitsmarkte kaum einen Arbeitslohn erzielen würden, wie Federnschleifen und Bohnenauslesen, können daher zur Beschäftigung geistig und körperlich schwacher Personen sowie der Invaliden heute vom Arbeits-
 hause nicht entbehrt werden. Aus diesem Grunde sind die Zuschüsse, welche die Landarmenverbände zur Unterhaltung der Arbeitshäuser zahlen müssen, meist nicht unerheblich und werden jedenfalls durch die, vom Preussischen Staate durch die Dotations-
 gesetze gewährten Beihilfen nicht gedeckt. Nach § 95 E. soll nun die Unterbringung im Arbeitshause nur gegen Arbeits-
 fähige zulässig sein. Von der Auslegung des Wortes „arbeits-
 fähig“ wird es später wieder abhängen, welcher Art die Insassen des Arbeitshauses sein werden. Bekanntlich wird heute ein Schneider, dem die Unterschenkel fehlen, ein blinder Stuhlflechter, ein verwachsener Schreiber, ein einarmiger Hofarbeiter und ein geistig stark beschränkter Viehhüter noch immer als detention-
 fähig, d. h. zur Aufnahme in das Arbeitshaus geeignet, be-
 trachtet, obgleich derartige Personen sich nicht wohl für die Gemeinschaftshaft eignen und trotz ihrer Arbeitsfähigkeit meist der Armenpflege zur Last fallen werden, weil die Arbeitsgelegen-
 heit, die für sie an bestimmte Bedingungen gebunden ist, fehlt. Bleibt dieser Zustand bei Einführung des neuen deutschen Straf-
 gesetzbuches bestehen, so würde es nicht ungerecht erscheinen, wenn die entlasteten Armenverbände weiterhin einen Teil der Unkosten für die Unterhaltung der Arbeitshäuser trügen. Dagegen würde für den Landarmenverband keinerlei Grund vorliegen, die Kosten der Unterbringung arbeitsfähiger und gesunder Diebe, Betrüger, Hehler und Zuhälter aufzubringen, deren Festhaltung besondere Baulichkeiten und ausgedehntes Aufsichtspersonal er-
 fordern. Hält der Gesetzgeber also an der in den §§ 336, 363, 376 und 385 E. festgelegten Unterbringung im Arbeitshause fest, müßte auch der Staat, welcher durch die Entlastung seiner Strafanstalten den Vorteil genießt, gerechterweise die Kosten tragen.

Nach dem Vorgesagten weisen sowohl die geschichtliche Ent-
 wicklung der Arbeitshäuser, als auch deren Einrichtungen zur Unterbringung und Beschäftigung der Häftlinge, sowie die Frage der Unterhaltungskosten darauf hin, daß die Forderung „Heraus mit den Zuhältern, Dieben, Hehlern und Betrügern aus den Arbeitshäusern“ nicht laut genug betont werden kann.

Der Vorschlag im § 6 des Entwurfes zu einem Strafvollzugsgeetze, welche der Verein deutscher Strafanstaltsbeamten 1914 der Reichsregierung vorlegte, forderte die Unterbringung in einem Arbeitshause in staatlichen und ausschließlich dazu bestimmten Anstalten. Diese Lösung erscheint vom Standpunkte des Strafvollstreckungsbeamten heute die einzig richtige. Ohne die Sonderstellung des Arbeitshauses im Entwurfe von 1919 ganz fallen zu lassen, könnte ferner lediglich der Einfachheit halber im § 96 C. der Satz: „Die Unterbringung im Arbeitshause bewirkt die Landespolizeibehörde“ fortfallen. Dann würde die Ueberweisung der Verurteilten, wie bei Freiheitsstrafen durch die Staatsanwaltschaft an das staatliche, dem Justizministerium unterstellte Arbeitshaus erfolgen. Es bliebe dann nur noch übrig, im § 98 C das Wort: „die Landespolizeibehörde“ zu streichen und den Satz so zu formen, daß er hieße: „so kann der Verurteilte vorläufig entlassen werden“, um den vereinfachten Geschäftsgang dem staatlichen Arbeitshause anzupassen. Die Unterstellung der Arbeitshäuser unter das Justizministerium ist ein Vorschlag, welchen bereits Dr. Rosenfeld in der deutschen Juristen-Zeitung 1918 S. 112 machte und der von Dr. Schwandner in dem Aufsatz: „Das Ende des Dualismus im preußischen Gefängniswesen“ in Bd. 52 der Blätter für Gefängnisfunde, 1918, warm befürwortet wurde.